

Neufassung der Berufssatzung für WP/vBP

Neufassung der Berufssatzung für WP/vBP

Übersicht

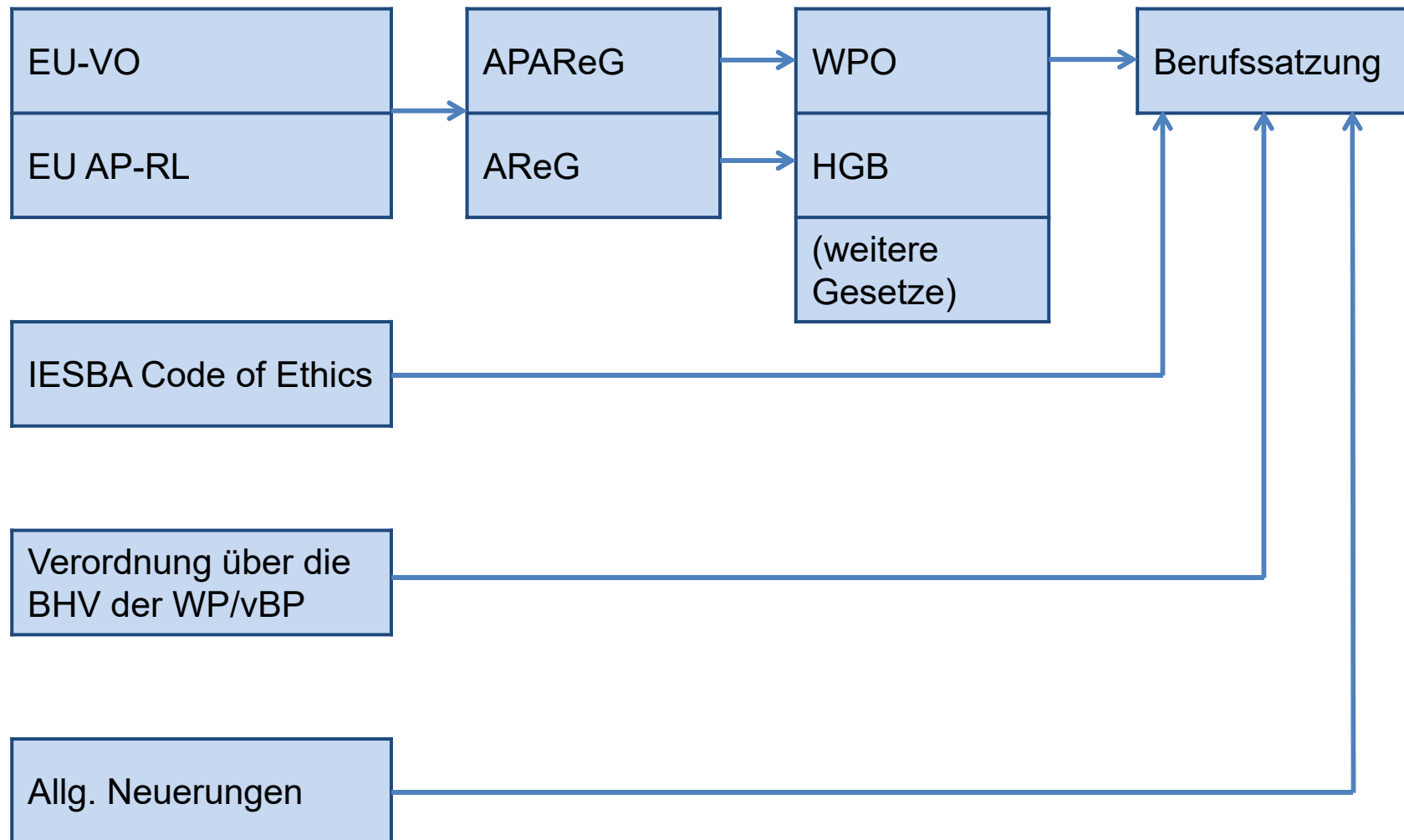
1. Zeitachse der Entwicklung der Neufassung
2. Gründe für die Neufassung
3. Neugliederung der Berufssatzung
4. Themen im Fokus
5. Fazit

1. Zeitachse der Entwicklung der Neufassung

- 30.11.2015: Beiratssitzung, Beirat bestätigt Zielsetzung der geplanten Neufassung, Anregungen zu einzelnen Themen aus dem Beirat
- 27.01.2016: Gespräch des ASBR mit Verbandvertretern
- 14.03.2016: ASBR beendet Arbeit am Entwurf der Neufassung
- 29.04.2016: Beiratssitzung, Beirat soll finales Konzept für Neufassung beraten und hierzu Beschluss fassen (Inkrafttreten 3 Monate später, wenn BMWi nicht widerspricht)
- 17.06.2016: Inkrafttreten AP-VO, Änderungen in WPO und HGB durch APAReG und AReG

2. Gründe für die Neufassung (1)

Übersicht



2. Gründe für die Neufassung (2)

EU-Verordnung zur Abschlussprüfung 2014 (Vorgaben für Abschlussprüfer von PIE)

- Vergütungsgrundlagen im Transparenzbericht (§ 13b Satz 1 BS)
 - Künftig in Artikel 13 Abs. 2 Buchstabe i der AP-VO
 - APAReG: streicht § 55c (Abs. 1 Satz 2 Nr. 7) WPO
 - ⇒ Anpassung des § 13b Satz 1 BS
- Auftragsbegleitende Qualitätssicherung bei PIE-Mandaten
 - Künftig in Artikel 8 AP-VO geregelt
 - Derzeit in § 24d Abs. 2 BS geregelt
 - ⇒ Konzept sieht vor, dass § 24d Abs. 2 BS auf Artikel 8 AP-VO verweist. Bei anderen Prüfungen weiterhin eigenverantwortliche Entscheidung, ob/unter welchen Voraussetzungen Qualitätssicherung (siehe später detailliert)

2. Gründe für die Neufassung (3)

APAReG und AP-RL

- Gesetzgeber des APAReG hat detaillierte Vorgaben gemacht, wozu untergesetzlich Regelungsbedarf besteht (u.a. auch in Gesetzesbegründung)
- ASBR hat diese Punkte identifiziert und hierzu Regelungsvorschläge erarbeitet
- Art. 22 Abs. 6 AP-RL (Verhalten bei Unternehmensfusionen oder -verkäufen) vom Gesetzgeber des APAReG und des AReG nicht umgesetzt
 - ⇒ ASBR sieht hierzu Regelung bei den Regeln zur Besorgnis der Befangenheit vor, um zumindest für den allgemeinen Befangenheitstatbestand (§ 49 Alt. 2 WPO) Hilfestellung zu geben

2. Gründe für die Neufassung (4)

IESBA Code of Ethics (CoE)

- CoE wurde zuletzt 2014 aktualisiert
- WPK aufgrund IFAC-Mitgliedschaft verpflichtet, die Regelungen des CoE in deutsches Berufsrecht zu übernehmen
- Umfassender Abgleich wurde vorgenommen
- Problem: CoE ist angloamerikanisch stärker einzelfallbezogen und weniger kontinentaleuropäisch prinzipienbasiert (wie die Berufssatzung)
- Konzept: prinzipienbasierte Übernahme der CoE-Regelungen
- Anforderungen CoE überschneiden sich teilweise mit der AP-RL
- Beispiel: Neuer Tatbestand der Besorgnis der Befangenheit „Einschüchterung“ (siehe nächste Folie)

2. Gründe für die Neufassung (5)

IESBA Code of Ethics (CoE)

- Tatbestand „Einschüchterung“ vorgesehen in
 - Artikel 22 Abs. 1 Unterabs. 4 AP-RL und
 - CoE Tz. 200.3 und 200.8
- Problem: internationales Verständnis sehr weitgehend
- Lösungsansatz des ASBR:
 - Zwar Übernahme als Tatbestand in den Kanon der Befangenheitsgründe
 - Anpassung an spezielle „deutsche“ Rechtslage: Hinweis auf deutsche Rechtsvorschriften, insbesondere § 318 Abs. 1 Satz 5 HGB, die sicherstellen, dass eine Drucksituation, die zur Einschüchterung führen kann, grundsätzlich nicht entstehen kann

2. Gründe für die Neufassung (6)

Überführung der Verordnung über Berufshaftpflichtversicherung von WP/vBP (WPBHV)

- WPBHV wurde bereits in WPO-Novelle 2007 aufgehoben
- Gesetzlicher Auftrag: Überführung in die Berufssatzung (solange Weitergeltung)
- APAReG: wesentliche und Mandanteninteressen berührende Versicherungsanforderungen nun in der WPO geregelt:
 - Serienschadenklausel
 - Versicherungsausschlussmöglichkeiten, z. B. bei wissentlicher Pflichtverletzung
 - Einführung eines Selbstbehalts i. H. v. 1% der Mindestversicherungssumme
- Konzept des ASBR: übrige Regelungen in einen eigenen Teil der Berufssatzung bündeln

2. Gründe für die Neufassung (7)

Allgemeine Weiterentwicklung des Berufsrechts

- Ermöglichung der Führung des Siegels auf elektronischem Weg (Anpassung an zunehmende Digitalisierung)
 - Aufhebung des § 13a BS:
Regelungen zu Informationen über die beruflichen Verhältnisse, Fachgebiete und weitere Tätigkeitsbezeichnungen
 - Aufhebung des § 19 BS:
Regeln zu beruflichen Niederlassungen und Zweigniederlassungen
 - Aufhebung § 29 Abs. 3 bis 5 BS:
Regelungen zur Firmierung von WPG
- ⇒ Liberalisierungen können vorgenommen werden, insbesondere weil ausreichende Regelungen existieren (auch in WPO)

3. Neugliederung der Berufssatzung

- Teil 1: Allgemeine Berufspflichten (§§ 1 bis 22)
- Teil 2: Berufshaftpflichtversicherung (§§ 23 bis 27)
- Teil 3: Besondere Berufspflichten bei der Durchführung von Prüfungen und der Erstattung von Gutachten (§§ 28 bis 44)
- Teil 4: Berufspflichten zur Qualitätssicherung bei Abschlussprüfungen nach § 316 HGB
 - Abschnitt 1: Weitere Berufspflichten bei der Auftragsdurchführung (§§ 45 bis 49)
 - Abschnitt 2: Berufspflichten zum Schaffen von Regelungen für ein Qualitätssicherungssystem nach § 55b Abs. 2 WPO (§§ 50 bis 63)
- Teil 5: Schlussbestimmungen (§§ 64 bis 66)

4. Themen im Fokus (1)

Qualitätssicherungssystem

- Der Ansatz des Gesetzgebers wird auch auf Ebene der Berufssatzung weitergeführt
- Besonderer Teil 4, Abschnitt 2, für Anforderungen an das QS-System für § 316 HGB-Abschlussprüfungen, hier detaillierte Regelungen, auch als Hilfestellung für den Berufsstand
- Hierbei ausdrücklich Grundsatz der Verhältnismäßigkeit/Skalierbarkeit bei Ausgestaltung des QS-Systems verankert:
„Die Anforderungen an das QS-System folgen aus den spezifischen Gegebenheiten der Praxis des WP/vBP und sind insbesondere von Art und Umfang sowie der Komplexität der vom WP/vBP durchgeführten Abschlussprüfungen abhängig.“

4. Themen im Fokus (2)

Qualitätssicherungssystem

- Im Bereich außerhalb § 316 HGB (alle anderen Tätigkeiten!) keine speziellen Vorgaben in der Berufssatzung:
„Zur Sicherung der gewissenhaften Berufsausübung haben WP/vBP in einem angemessenen Verhältnis zu Art, Umfang und Komplexität der beruflichen Tätigkeit der Praxis stehende Regelungen zu schaffen, zu überwachen und durchzusetzen (§ 55b Abs. 1 WPO).“
- Bei nachgebildetem Bestätigungsvermerk gelten die Anforderungen an das QS-System für § 316 HGB-Prüfungen entsprechend
 - Wo das „Label § 316 HGB“ Verwendung findet, müssen dessen Qualitätsstandards gelten
 - Aber auch hier gilt der Grundsatz Verhältnismäßigkeit/Skalierbarkeit, daher keine übermäßige Belastung der Prüfer
 - Wer auch dies vermeiden möchte, schließt mit einer Bescheinigung ab

4. Themen im Fokus (3)

Berichtskritik

- Berichtskritik ist das seit 2005 bewährte Instrument der Qualitätssicherung
 - Berichtskritik EU-rechtlich nicht vorgesehen, da Prüfungsbericht i.S.d. § 321 HGB bislang nicht bekannt
 - Jedoch: bewährtes Instrument zur Qualitätssicherung
 - ASBR: grundsätzlich daran festhalten, aber sinnvoll modernisieren:
 - Nur noch bei § 316 HGB-Mandaten (nicht alle betriebswirtschaftlichen Prüfungen mit Siegel)
 - Berichtskritik nicht generell verpflichtend; Absehen hiervon möglich
- ⇒ Sinnvolle Liberalisierung

4. Themen im Fokus (4)

Auftragsbegleitende Qualitätssicherung bei § 319a HGB-Mandaten

- Auftragsbegleitende Qualitätssicherung bei Abschlussprüfungen von Unternehmen nach § 319a HGB ist künftig in Art. 8 AP-VO geregelt. § 24d Abs. 2 BS derzeitige Fassung ist entsprechend anzupassen (Verweis auf Art. 8 AP-VO)
 - Art. 8 AP-VO trifft zur Rotation des auftragsbegleitenden Qualitätssicherers keine Regelung, daher Beibehaltung des § 24d Abs. 2 Satz 5 bis 7 BS derzeitiger Fassung bei Anpassung des geänderten Zeitraumes („3 oder mehr Jahre“, Art. 17 Abs. 7 Unterabs. 1 AP-VO)
- ⇒ Beibehaltung des in Deutschland bewährt hohen Qualitätsniveaus, über AP-VO hinaus

4. Themen im Fokus (5)

Auftragsbegleitende Qualitätssicherung bei § 316 HGB-Mandaten

- Auftragsbegleitende Qualitätssicherung bewährtes Instrument zur Qualitätssicherung
 - ASBR will daran festhalten, aber modernisieren:
 - Nur noch bei § 316 HGB-Mandaten (nicht alle betriebswirtschaftlichen Prüfungen)
 - Pflicht zu entscheiden, ob und wenn ja, unter welchen Voraussetzungen eine auftragsbegleitende Qualitätssicherung stattfindet, wird ergänzt um Skalierungsansatz
 - Es entfällt zusätzlich die Rotation des auftragsbegleitenden Qualitätssicherers (derzeit § 24d Abs. 3 i. V. m. § 24d Abs. 2 Satz 5 bis 7 BS)
- ⇒ Sinnvolle Liberalisierung

4. Themen im Fokus (6)

Nachschau

- Spezielle Vorgaben zur Nachschau bei Abschlussprüfungen nach § 316 HGB nun im Gesetz (Achtung: jährlicher Turnus, vgl. § 55b Abs. 3 WPO, QS-Handbuch anpassen)
- Novellierung greift dies in Berufssatzung auf und erhält im Übrigen bisherige Regelungen
- Nach ASBR soll die Selbstvergewisserung weiterhin möglich sein (Tz. 158 VO 1/2006); heutiger Hinweis in den Erläuterungsgründen soll beibehalten werden

5. Fazit

Eins-zu-eins-Umsetzung unter Berücksichtigung des in Deutschland traditionell bestehenden hohen Qualitätsanspruchs nebst Erleichterungen

- Bestimmte Pflichten begrenzt auf Abschlussprüfungen nach § 316 HGB
- „Abgerundetes Regelwerk“ für den Berufsstand, „roter Faden“
- Vorgaben des CoE prinzipienorientiert und an deutsche Rechtslage angelehnt umgesetzt
- Grundsatz der Verhältnismäßigkeit wird betont, insbesondere bei der Ausgestaltung des Qualitätssicherungssystems
- Liberalisierungen und Streichungen